

Glossar

Ausreisegenehmigung

In den 50er Jahren waren Reisen von DDR-Bürgern in den Westen noch relativ einfach mit einer Ausreisegenehmigung möglich. Nach dem Mauerbau 1961 wurde dies fast unmöglich. Nun mussten sogenannte Reiseanträge gestellt werden, die insbesondere für Privatpersonen mit einfachen persönlichen Reisegründen kaum genehmigt wurden. Die DDR-Regierung befürchtete weitere Fluchtversuche eigener Bürger, die bis 1961 enorme Ausmaße angenommen hatte – über 2,5 Mio. Bürger hatten die DDR seit ihrer Gründung verlassen. Die Reisepolitik der DDR-Staatsführung war sehr restriktiv und wurde auch politisch genutzt. Antragsteller wurden auf politische Zuverlässigkeit und eventuelle westliche Verwandtschaft überprüft, wobei es insbesondere Künstler und Wissenschaftler etwas leichter hatten. Nicht selten wurden Ausreisegenehmigungen auch als Anreize oder Belohnungen bewusst eingesetzt. Mit der Anerkennung der DDR und durch die Entspannungspolitik der BRD konnten vermehrt Privatpersonen in die BRD reisen, zumeist Rentner, deren Anträge nun oftmals bewilligt wurden. Ausreisegenehmigungen sind nicht zu verwechseln mit Ausreiseanträgen, die ein dauerhaftes Verlassen der DDR zum Ziel hatten und oftmals mit vollkommener gesellschaftlicher Stigmatisierung der Antragsteller bis zur abschließenden Entscheidung einhergingen.

Begrüßungsgeld

Im Jahre 1970 wurde das sogenannte Begrüßungsgeld durch die Bundesrepublik für Bürger der DDR sowie der VR Polen, sofern sie deutsche Abstammung nachweisen konnten, eingeführt. Hintergrund war, dass DDR-Bürger bei Reisen in die BRD nur 70 DDR-Mark mitnehmen durften, was jedoch im Umtausch zur D-Mark als Zahlungsmittel so gut wie wertlos war. Zunächst in einer Höhe von 30 DM pro Reise ausgezahlt, wurde das Begrüßungsgeld später auf 100 DM erhöht – jedoch nur noch einmal pro Jahr und pro Person gezahlt. Zur Erlangung des Begrüßungsgeldes wurden in den Banken und Sparkassen der BRD die entsprechenden Personendaten der DDR-Bürger aufgenommen. Ab Mitte der 80er Jahre nutzten mehr als 1 Mio. DDR-Bürger bei Reisen in den Westen dieses Geldgeschenk.

Berlin-Blockade

Nach der Einführung einer eigenen Währung für die vereinigte Trizone durch Frankreich, Großbritannien und die USA am 20. Juni 1948 reagierte die Sowjetunion mit der Einführung einer eigenen Währung in ihrer Besatzungszone. Als auch in Westberlin die D-Mark als Zahlungsmittel durch die Westalliierten durchgesetzt wird, unterbricht die Sowjetunion am 24. Juni sämtliche Land- und Wasserwege nach Westberlin. Bereits zwei Tage später richten die Westalliierten eine Luftbrücke zur Versorgung der Bevölkerung Westberlins ein. Die Blockade wird erst am 12. Mai 1949 durch das Abkommen von New York beendet. In den fast 11 Monaten ihres Bestehens umfasste die Luftbrücke 277.728 Flüge mit der Lieferung von über 2,3 Mio. Tonnen Gütern, darunter etwa 68% Kohle und etwa 23% Lebensmittel.

Besatzungszonen

Begriff für die Regionen Deutschlands, die die vier Besatzungsmächte zum Kriegsende 1945 kontrollierten. Die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie kamen 1945 unter polnische Verwaltung. Die Besatzungszonen wurden im Nordwesten von Großbritannien, im Südwesten von den USA und Frankreich und im Osten von der Sowjetunion kontrolliert. Die westlichen Besatzungszonen schlossen sich 1948 zur Trizone zusammen, die Sowjetische Besatzungszone blieb erhalten. Im Mai 1949 entstand aus der Trizone die BRD und daraufhin im Oktober desselben Jahres die DDR.

Bitterfelder Weg

1959 fand im Chemischen Kombinat Bitterfeld eine Autorenkonferenz statt, auf der die Forderung erhoben wurde, eine eigenständige „sozialistische Nationalkultur“ in Abgrenzung zum Westen zu schaffen. Unter dem Motto: „Greif zur Feder, Kumpel, die sozialistische deutsche Nationalkultur braucht dich!“ sollten dabei Schriftsteller und Künstler eine Zeit lang in Betrieben und Fabriken arbeiten und Arbeiter bei einer eigenen künstlerischen Tätigkeit anleiten. Dieses Vorhaben wurde nur zum Teil umgesetzt, weil viele DDR-Künstler die starke Ideologisierung sowie die Vermischung von Hochkultur und Laienkultur ablehnten.

Bund der evangelischen Kirchen in der DDR (BEK)

Wurde 1969 gegründet, weil die acht evangelischen Landeskirchen in der DDR sich zunehmend einer spezifischen Situation gegenüber sahen: auch die evangelischen Christen wurden zu einer Minderheit in der sozialistisch geprägten DDR-Gesellschaft, sie mussten anders agieren als ihre westdeutschen Brüder und Schwestern. Mit der neuen Verfassung der DDR 1968 durften zudem keine deutsch-deutschen Institutionen mehr existieren sondern nur noch auf das Hoheitsgebiet der DDR beschränkte. Die BEK bestand aus der Synode des Bundes und der Konferenz der Kirchenleitungen der acht Landeskirchen. (Evangelische Landeskirche Anhalts, Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg, Evangelische Kirche des Görlitzer Kirchengebietes, Evangelische Landeskirche Greifswald, Evangelisch-Lutherische Landeskirche Mecklenburgs, Evangelische Kirche der Kirchenprovinz Sachsen, Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsens, Evangelisch-Lutherische Kirche in Thüringen). Vorsitzender der Konferenz der Kirchenleitungen war gleichzeitig der Vorsitzende des BEK.

Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen

Das Ministerium war offiziell für alle Fragen der deutschen Teilung und Kontakte mit der DDR zuständig. Das Auswärtige Amt hatte keine Zuständigkeit für die DDR. Die BRD vermied zudem bis 1972 alles, was eine Anerkennung der DDR bedeuten könnte. Erst mit dem Grundlagenvertrag zwischen DDR und BRD vom Dezember 1972 änderte sich dies.

Deutsche Bundespost

Die Deutsche Bundespost wurde 1950 gegründet und unterstand dem Bundesministerium für Post und Fernmeldewesen. Sie beschäftigte 1985 insgesamt 543.200 Mitarbeiter und war damit gemeinsam mit der Deutschen Bundesbahn der größte Arbeitgeber der BRD. Durch zwei große Postreformen 1989 und 1994 sollte die staatliche Einrichtung aufgelöst und privatisiert werden. Dazwischen übernahm sie 1990 die Post der DDR. Nach der Auflösung 1994 übernahmen ihre Aufgaben drei Aktiengesellschaften: Deutsche Post AG, Deutsche Telekom AG und Deutsche Postbank AG. Damit wurden die bis dahin gemeinsam geführten Geschäftsbereiche Post und Telefon getrennt.

Deutsche Post

Deutsche Post war der offizielle Name der Post der DDR. Sie wurde 1959 gegründet und als staatliche Einrichtung dem Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der DDR unterstellt. Schon seit 1945 übernahm als Postverwaltung den Postverkehr der SBZ. Auch in der DDR wurden Postaufgaben (Briefe, Pakete und Päckchen) sowie Fernmeldedienste (Telefon, Telex etc.) gemeinsam von der Post verantwortet. Mit der Deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 wurde die Deutsche Post der DDR mit der Deutschen Bundespost verschmolzen.

DDR-Staatsbürgerschaft

Obwohl die BRD die DDR Anfang der 70er Jahre quasi anerkannt hatte, sah die Bundesrepublik die „deutsche Frage“ nach wie vor offen und strebte eine Wiedervereinigung an, die die DDR wiederum ablehnte. Die DDR war für die BRD zwar ein souveräner Staat, aber kein Ausland – die BRD wurde von der DDR als ausländischer Staat behandelt. In der Praxis gab es bis 1989 insbesondere Streit um die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft durch die BRD. 1967 hatte die DDR die Staatsbürgerschaft per Gesetz eingeführt und damit einer gesamtdeutschen Staatsbürgerschaft ein Ende gesetzt. Die BRD behielt bis zum Schluss die Praxis bei, dass jeder DDR-Bürger automatisch als „Deutscher“ einen Anspruch auf einen BRD-Pass hatte. Dies sah die DDR als Eingriff in ihre eigene Souveränität und forderte die vollständige Anerkennung der eigenen Staatsbürgerschaft durch die BRD. Dies wurde durch die BRD nie erfüllt.

Evangelische Kirche in Deutschland (EKD)

1948 als gesamtdeutscher Zusammenschluss der lutherischen, unierten und reformierten Landeskirchen gegründet. Die EKD sah sich stets als gesamtdeutscher Vertreter aller evangelischen Kirchen. Auch wenn sie die Gründung des BEK respektierte, wurden die acht ostdeutschen Landeskirchen nie aus der EKD entlassen. Dies ermöglichte nach der deutschen Einheit durch die Auflösung des BEK eine einfache „Wiederbelebung“ der Mitgliedschaften der ostdeutschen Landeskirchen in der EKD. Das kirchenleitende und gesetzgebende Gremium der EKD ist die Synode der EKD. Als Leitungsgremium fungiert der Rat der EKD.

Fahrplankonferenzen

Seit Ende der 40er Jahre gab es in Deutschland zwei Bahnverwaltungen der vormals gesamtdeutschen Reichsbahn: die der West- und die der Ostzone. Mit Gründung der Bundesrepublik Deutschland entstand die Deutsche Bundesbahn im Westen neu. In der DDR hingegen wurde der Name Deutsche Reichsbahn bis zum Schluss erhalten, um die rechtliche Legitimation für den Berliner S-Bahn-Betrieb zu behalten. Beide Bahnverwaltungen mussten ihren

Bahnverkehr gegenseitig abstimmen und hielten dazu Fahrplankonferenzen ab, in denen die Eisenbahner sehr konkret und direkt zusammen arbeiteten. Immer wieder stellten sie auch Forderungen an die Politik, um die Reiseverbindungen zu verbessern. Seitens der Politik wurden die Fahrplankonferenzen stark beeinflusst, da sie den Austausch zwischen Ost und West im Detail regelten.

GÜSt

Grenzübergangsstellen, bis 1964 Kontrollpassierpunkte. Hier kontrollierten bis 1964 die Grenzpolizei bzw. die Grenztruppen der DDR und ab 1964 die sogenannten Passkontrolleinheiten (PKE) des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). Zudem wurden Beamte der Zollverwaltung der DDR für die Zollkontrollen eingesetzt. Die Grenztruppen der DDR sicherten das Gelände. Die PKE des MfS trugen zur Tarnung Uniformen der Grenztruppen. Die größte GÜSt mit dem höchsten Verkehrsaufkommen war die GÜSt Marienborn – an ihr waren zeitweise 1.000 Bedienstete in der Grenzkontrolle tätig. 1982 gab es an der innerdeutschen Grenze neun Straßen-GÜSt, sieben Eisenbahn-GÜSt und zwei Wasser-GÜSt.

Hallstein-Doktrin

Außenpolitische Doktrin (Vorgabe) der Bundesrepublik Deutschland von 1955-1969, benannt nach dem damaligen Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Walter Hallstein. Die Doktrin besagte, dass die Aufnahme diplomatischer Beziehungen durch einen Staat zur DDR als „unfreundlicher Akt“ gegenüber der BRD gewertet werde. Die Hallstein-Doktrin hat maßgeblich zur Lagerbildung im Kalten Krieg und zur jahrelangen Verzögerung der Anerkennung der DDR als zweiten deutschen Staat weltweit beigetragen. Willy Brandt löste die Hallstein-Doktrin durch eine Politik des „Wandels durch Annäherung“ ab und sprach in einer Regierungserklärung im November 1969 von „zwei Staaten einer Nation in Deutschland“. 1972 schlossen BRD und DDR einen Grundlagenvertrag. Beide Staaten wurden 1973 in die UNO aufgenommen, tauschten aber bis zum Schluss nur „Ständige Vertreter“ und keine Botschafter aus – nahmen also nie volle diplomatische Beziehungen auf.

Interzonenzug

Ihren Namen haben die Züge aus der direkten Nachkriegszeit, als sie – ausschließlich mit Genehmigung durch einen Interzonenpass – die verschiedenen Besatzungszonen verbanden. Die Besatzungsmächte hatten 1945 bis 1947 ein großes Interesse daran, den Verkehr zwischen den Besatzungszonen zu kontrollieren und möglichst einzudämmen. Später verkehrten die „Interzonenzüge“ zwischen der DDR und der BRD, ohne dabei Westberlin durchfahren zu können. Diese Züge hatten teilweise einen sehr langen Zuglauf, z.B. Düsseldorf-Dresden oder Rostock-München. Sie hielten in der DDR normal an einigen Bahnhöfen und waren für DDR-Bürger damit im eigenen Land nutzbar.

Kommerzielle Koordinierung (KoKo)

Der Bereich Kommerzielle Koordinierung (auch unter der Kurzform KoKo bekannt) war eine 1966 im Ministerium für Außenhandel der DDR eingerichtete Abteilung, die vor allem der Beschaffung von Devisen diente. Die KoKo koordinierte sämtliche Devisengeschäfte mit der BRD

(Transitpauschalen, Häftlingsfreikauf, Abfallentsorgung in der DDR, Post- und Fernmeldeverkehr u.v.m) und beschaffte zudem Technologien und Waren, die auf der „Embargoliste“ des Westens standen und damit für die DDR auf dem freien Markt nicht erhältlich waren. Auch die wirtschaftliche Abwicklung der Intershops (Geschäfte an Transitstrecken in der DDR, in denen ausschließlich mit DM bezahlt werden konnte), des Geschenkdienstes GENEX und ein weit verzweigter Kunst- und Antiquitätenhandel gehörten zum Aufgabenbereich der KoKo. Während ihres Bestehens konnte die KoKo etwa 30 Milliarden DM erwirtschaften und unterhielt etwa 170 Unternehmen mit ca. 3.100 Mitarbeitern in der DDR und im westlichen Ausland. Leiter der KoKo war Alexander Schalck-Golodkowski, der im Dezember 1989 in die BRD flüchtete und seit 1990 am Tegernsee wohnt.

Marshallplan

Die USA installierten mit dem vom US-Außenminister George C. Marshall initiierten „European Recovery Program“ ein gewaltiges wirtschaftliches Wiederaufbau-Programm für Westeuropa. Im Rahmen des sogenannten Marshallplans flossen von 1946 bis 1952 etwa 12-16 Mrd. US-Dollar in westeuropäische Länder. Deutschland war mit 1,4 Mrd. US-Dollar nach Großbritannien, Frankreich und Italien der viertgrößte Empfänger. Neben dem Wunsch, Not und Elend im zerstörten Europa möglichst schnell und effektiv zu lindern, verfolgten die USA mit dem Programm noch weitere Absichten: die Kanalisierung der Überproduktion im eigenen Land und die Eindämmung des Kommunismus der Sowjetunion. Diese empfand das Programm auch als politische Einmischung und entzog die unter ihrem Einfluss stehenden osteuropäischen Staaten dem Zugriff des Marshallplans. Die wirtschaftliche Teilung Europas wurde so enorm beschleunigt. 1949 gründete die Sowjetunion als Reaktion den „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ RGW (im Westen als COMECON bekannt), der bis 1991 die Wirtschaftsunion des sozialistischen Ostblocks darstellte.

Rechtsanwalt Wolfgang Vogel (1925–2008)

War ein Rechtsanwalt, der sowohl in der DDR wie auch in Berlin (West) eine Zulassung hatte und damit ein Wandler zwischen den Systemen wurde. Er war Katholik und bezeichnete sich selbst als „Marxisten“. Vogel trug maßgeblich zum Gelingen des Häftlingsfreikaufes ein und war alljährlich in die Verhandlungen dazu eingebunden. Er organisierte zudem Agentenaustausche.

Reparationsleistungen

Im Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 beschlossen die Besatzungsmächte, dass ihre Reparationsansprüche an Deutschland vornehmlich durch Sachlieferungen aus ihrer jeweiligen Besatzungszone befriedigt werden sollten. Die Sowjetunion bekam aufgrund der enormen eigenen Verluste das Recht, auch Reparationen aus den westlichen Zonen zu erhalten. Bereits im Mai 1946 unterbanden die westlichen Besatzungsmächte dies jedoch wieder. Die Sowjetunion bediente sich daher bis 1953 massiv in der eigenen Besatzungszone. Nach heutigen Erkenntnissen war von 1945 bis 1953 insbesondere die Schwerindustrie betroffen. Zunächst wurden die Anlagen aus mehr als 2.000 der wichtigsten und bestausgerüsteten Betriebe abgebaut und in die Sowjetunion verbracht. Etwa 11.800 Kilometer Eisenbahnschienen wurden demontiert, was etwa 48% des gesamten Netzes entsprach. Ab 1946 verlagerte sich die Reparationspolitik der Sowjetunion auf Entnahmen aus der laufenden Produktion. Dafür wurden aus den Betrieben sogenannte „Sowjetische Aktiengesellschaften“ (SAG) gebildet. Bis 1953 flossen im Durchschnitt 22% des gesamten Bruttosozialproduktes der SBZ/DDR direkt in die Sowjetunion. Erst als am 17. Juni 1953

der Protest der DDR-Bevölkerung gegen diese Praxis und gegen Demokratiedefizite eskalierte, übergab die UdSSR zum Jahreswechsel 1953/1954 insgesamt 33 SAG-Betriebe an die DDR. Die SBZ/DDR trug etwa 97% der gesamten Reparationsleistungen Deutschlands – etwa 99 Mrd. DM (Preisniveau 1953). Die westlichen Besatzungsmächte verzichteten weitgehend auf Reparationsforderungen und förderten den Wiederaufbau der zudem deutlich weniger zerstörten Wirtschaft in ihren Besatzungszonen mit dem Marshall-Plan.

Staatssekretär für Kirchenfragen

1957 wurde in der DDR nach sowjetischem Vorbild ein „Staatssekretär für Kirchenfragen“ installiert, der direkt dem Ministerrat der DDR unterstand und nicht einem spezifischen Ministerium. Dieser Staatssekretär war der direkte Ansprechpartner für die Kirchen bei der DDR-Regierung und ersetzte auch alle Kontakte zu einzelnen Ministerien. Damit regelte die DDR-Staatsführung die Zusammenarbeit mit den Kirchen zentral. Zu den Hauptaufgaben gehörten die strikte Trennung von Staat und Kirche, Verwaltungsfragen, finanzielle Aspekte bis hin zu Fragen von Auslandsreisen.

Staatssekretär Ludwig Rehlinger (geb. 1927)

Arbeitete bereits seit 1957 im Ministerium für gesamtdeutsche Fragen und war 1962/1963 auf Seiten der BRD maßgeblicher Initiator des Häftlingsfreikaufes. Er war dem Ministerium mit Unterbrechungen bis 1988 dienlich. 1991 schrieb er sein Wissen über den westdeutschen Part des Häftlingsfreikaufes nieder.

Transitzug

Zug, der zwischen Westberlin und der BRD keinen Halt hatte. Diese Züge wurden an der Grenze BRD/DDR oder Westberlin/DDR verplombt und fuhren dann durch die DDR mit Vorrang – durchgehend besetzt mit Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit. Sie standen im Fahrplan („Kursbuch der Deutschen Reichsbahn“) unter „grenzüberschreitendem (internationalem) Verkehr“, weil die DDR-Führung vor allem ab 1961 die Teilung in zwei deutsche Staaten bekräftigte. DDR-Bürger konnten die Züge nur nutzen, wenn Sie eine Reisegenehmigung hatten, da diese Züge an inländischen Bahnhöfen der DDR nicht hielten.

Zentrale Erfassungsstelle Salzgitter

Die „Zentrale Beweismittel- und Dokumentationsstelle der Landesjustizverwaltungen“ oder auch Zentrale Erfassungsstelle (ZeST) in Salzgitter wurde auf Betreiben des damaligen Westberliner Bürgermeisters Willy Brandt im November 1961 eingerichtet. Hier wurden Hinweise und Beweise zu versuchten oder vollendeten Tötungshandlungen, Unrechtsurteile aus politischen Gründen, politische Verfolgung und Misshandlungen im Strafvollzug in der DDR gesammelt. Die DDR-Staatsführung sah diese Einrichtung als einen Akt des „politischen Revanchismus“ und als Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten und forderte ihre Schließung. Die SPD-geführten Bundesländer stellten in den 80er Jahre mit Verweis auf die deutsch-deutsche Annäherung die finanzielle Unterstützung der ZeST ein, das konservative Lager stellte die Arbeit der Behörde bis 1992 sicher. Sie war in den deutsch-deutschen Auseinandersetzungen eine der politisch-ideologisch umstrittensten Einrichtungen.